

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung

des Gemeinderates

am Donnerstag, dem **22.06.2023**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Neufassung der Hebesatzsatzung
Vorlage: 094/2023 und 094/2023/1**
- 4. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
stellv. Bürgermeisterin Kirstin Pöppelmeier
Ratsfrau Stefanie Ahlrichs
Ratsherr Frank Behrens
Ratsfrau Ruth Bohlke
Ratsherr Reemt Borchers
Ratsherr Frank David
Beigeordneter Nikolai Dumke
Ratsherr Torge Heinisch
Ratsfrau Anke Heitmann
Ratsvorsitzende Manuela Mohr
Ratsherr Maik Neubert
Ratsherr Thomas Ney
Beigeordnete Annika Ramke
Beigeordneter Michael Ramke
Beigeordneter Achim Rutz
Ratsherr Carsten Tschackert
Ratsherr Uwe Wispeler
Ratsfrau Madeleine Zaage

Gleichstellungsbeauftragte

Gleichstellungsbeauftragte Merle Mänz

Verwaltung

Gemeindeoberrat Klaus Oltmann
Gemeindeamtsrat Christian Kroll
Verwaltungsfachangestellte Sandra Löschen

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende Mohr eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. Einwohnerfragestunde

3. Neufassung der Hebesatzsatzung Vorlage: 094/2023 und 094/2023/1

Der Bürgermeister erklärte, dass der bei der Haushaltsplanung noch ausgeglichene Ergebnishaushalt durch die Steuerschätzung vom Mai 2023 eine drastische Verschlechterung erfahren hätte, die eine Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuern auf 650 v. H. und weitere Reduzierungen der Aufwendungen und Steigerungen der Erträge zur Folge hätte, um den entstehenden Fehlbetrag zu decken.

Von der Verwaltung wurde weiterhin erläutert, dass die prognostizierten Mindereinnahmen hauptsächlich aus den erheblich gesunkenen Einkommens- und Umsatzsteueranteilen resultierten. Es würde insgesamt ein Defizit von 662.000,00 € entstehen, somit bestünde ein dringender Handlungsbedarf.

Zunächst hatte die Verwaltung eine Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuern auf 725 v. H. vorgeschlagen.

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften am 19.06.2023 wurde der Beschlussvorschlag dahingehend geändert, dass die Hebesätze der Grundsteuern auf 650 v. H. erhöht werden sollten. Der restliche Betrag in Höhe von 220.000,00 € sollte durch Erhöhungen bei den Erträgen bzw. weiteren Einsparungen bei den Aufwendungen gedeckt werden.

Dann wäre auch kein Nachtragshaushalt notwendig. Die Verwaltung sollte hierzu eine Liste mit Deckungsvorschlägen erarbeiten.

Die SPD-Fraktion konnte dem zustimmen, nachdem der erste Beschlussvorschlag der Verwaltung (die Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuern auf 725 v. H.) auf Vorschlag der Fraktion hin auf 650 v. H. geändert wurde. Der restliche Fehlbetrag sollte anderweitig gedeckt werden.

Die Gruppe Bürger für Sande/CDU stimmte dem geänderten Beschlussvorschlag ebenfalls zu. In der zunächst von der Verwaltung vorgeschlagenen Höhe hätte man ihn nicht mittragen können. Von einer Steuererhöhung wären alle betroffen, Eigentümer ebenso wie Mieter. Es müssten weitere Gelder eingespart werden. Zukünftig müsste der Haushalt besser durchleuchtet werden. Man dürfte nicht länger über seine Verhältnisse leben.

Die Gruppe Grüne/FDP/Linke stimmte dem Beschlussvorschlag nicht zu. In der Verwaltung würde der betriebswirtschaftliche Aspekt fehlen. Viele Abläufe in der Verwaltung wären unübersichtlich, Aufträge an die Verwaltung würden nicht ausgeführt oder Informationen zu spät an den Rat gegeben werden.

Dazu führte sie Beispiele auf. Die Abläufe in der Verwaltung halte man für verbesserungswürdig. Dies war als Kritik an den Bürgermeister gerichtet. Die Zusammenarbeit sollte anders aussehen. Man wünschte sich außerdem ein Haushaltssicherungskonzept.

Vom Bürgermeister wurde entgegnet, dass viele Posten im Haushalt Pflichtaufgaben wären wie z.B. die Straßenunterhaltung, die freiwilligen Leistungen würden nur 4 % des Gesamtvolumens ausmachen. Es gäbe nicht mehr viele Möglichkeiten zur Einsparung.

An die Gruppe Grüne/FDP/Linke gerichtet, entgegnete der Bürgermeister, dass er keine Notwendigkeit für eine betriebswirtschaftliche Ausbildung sähe, da man die Kommunalverwaltung nicht mit einem Betrieb vergleichen könnte. Den Vorwurf, in der Verwaltung würde nicht vernünftig gearbeitet werden, wies er entschieden zurück.

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich beschlossen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Gemeinde Sande (Hebesatzsatzung) in der anliegenden Form und damit eine Anpassung der Hebesätze rückwirkend zum 01.01.2023.
2. Der Rat beschließt, dass zur Deckung des nicht durch die Steuermehreinahmen durch die Änderung der Hebesätze gedeckten Fehlbetrages in Höhe von 220.000 € Einsparungen bei den Aufwandsansätzen und Erhöhungen bei den Ertragsansätzen heranzuziehen sind.
3. Der Rat nimmt die Vorschläge der Verwaltung zur Deckung des Fehlbetrages zur Kenntnis und erkennt diese als Grundlage für die Konkretisierung von Maßnahmen zur Deckung des Fehlbetrages an.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

4. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Das Land Niedersachsen hat den Kommunen im Rahmen des Finanzausgleichs Zuweisungen aus Landesmitteln als Ausgleich für Mehraufwendungen aufgrund von Preissteigerungen bei den Kitas gewährt. Diese Mittel wurden der Gemeinde im April überwiesen. Sie wurden von der Verwaltung als allgemeine Deckungsmittel verwendet, wie es dem Haushaltsrecht entspricht.

Von der Gruppe Grüne/FDP/Linke wurde bemängelt, dass diese Gelder nicht für das „Gesunde Frühstück“ in den Kindergärten verwendet würden. Die Kommu-

nalpolitik wäre nicht über diesen Mittelfluss informiert worden. Die Gruppe möchte daher anregen, dass entsprechende Informationen an die Gremien weitergeleitet werden und dann dort über die Verwendung der Gelder entschieden wird.

Der Bürgermeister erklärte, die Verfahrensweise der Verwaltung wäre so rechtmäßig gewesen. Die Situation wäre nicht einfach, irgendwo wären immer Nachteile zu erwarten.

Ein anderes Ratsmitglied meinte auch, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung wäre schwierig, wenn nicht alle Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Schluss der Sitzung: 17:39 Uhr

Ratsvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin

Genehmigt in der Sitzung des Rates der Gemeinde Sande am _____

Ratsvorsitzende

Ratsmitglied